

Unbefriedigt blieb gerade, wer sich von der Tagung ganz unpräzise Aufschluß versprach über die Bedeutung des Mythos nicht als „Wahrheit“, sondern als *Erkenntnisweg* zu anthropologischen Strukturen, die nur narrativ, über Bilder und Symbole und nicht durch die Strenge logischer Ableitungen erhellt werden können. Auch Drewermanns „Analyse“ des biblischen Sündenfalls war für jemand, der nicht ohnehin gläubiger Anhänger Drewermannscher Mythendeutung war, nicht sonderlich erhellend. Zu sehr erschien seine Interpretation von Gen 3, 1–7 rückgedeutet aus zeitgenössischen Strategien einer neuen Einbindung des Menschen in die Natur, um nicht zu sagen der kosmischen Verschmelzung des Menschen, als daß seine Interpretation in sich schlüssig und seine These von der Angst als Verursacher des Bösen ganz verständlich geworden wäre.

Die eigentliche Arbeit am Mythos blieb ungetan

Am ehesten kam diesem Bedürfnis noch Ricœur mit seiner *strukturanalytischen Verdeutlichung biblischer Gleichnisse und Erzählungen* entgegen. Sie wurde freilich nicht bis zur Frage weitergeführt, wie denn christliche Verkündigung aussehen würde, wenn biblische Gleichnisse als erzählende Symbolik die Glaubensvermittlung und das Glaubensbewußtsein stärker prägten als das definierte Dogma, das in einer oft extremen Begrifflichkeit ohnehin mehr der Grenzziehung als dem inhaltlichen Bekenntnis dient. Und ob biblische Gleichnisse trotz der anders geprägten Umwelt, der sie entnommen sind, angesichts unserer heutigen Denkstrukturen wirklich so schwer zu vermitteln sind, wie von pastoralen Praktikern meist gesagt wird. Also weder Entlogisierung noch Remythologisierung, sondern mehr lebensweltliche Symboldeutung?

So blieb die eigentliche „Arbeit am Mythos“ trotz des Experimentierens an verschiedenen Zugängen zur Postmoderne ziemlich unerledigt. Und auch die Antwort auf die am Beginn der Tagung gestellte Frage, wie es denn der Religion zwischen wissenschaftlicher Weiterklärung und postmoderner Hinwendung zu mythischer „Rationalität“ ergehen dürfte, blieb praktisch unbeantwortet. Lübbes Darstellung der *Auswirkungen der Säkularisierung auf religiöses Verhalten* überzeugte in der Analyse, aber nicht in den Schlußfolgerungen. Es war aus dem Lübbeschen Referat nicht zu ersehen, wie denn angesichts der beschriebenen radikalen Verdrängung religiöser Äußerungen durch die heutige Lebenswelt, Religion dennoch „reüssieren“, also kulturprägend und lebensbestimmend sein oder wieder werden soll. Lübbes Religionsbestimmung als „Kontingenzbewältigung“ hätte noch mehr nachgegangen werden müssen.

Duxens Nachweis der „Gottverlassenheit unserer Sozialwelt“ war zwar als *geschichtsphilosophisches Szenario* und als Argumentationsbild eines Agnostikers eindrucksvoll, wirkte aber in seiner Abgehobenheit leicht künstlich. Gott ist nicht schon deswegen abwesend, weil er in den Naturgesetzen nicht (unmittelbar) „vorkommt“ oder weil die reale Gesetzgebung nicht das Gesetz bzw. den Willen Gottes widerspiegelt. Für den christlichen Gottesglauben beginnt es ja da so recht interessant zu werden.

Mythos – Religion – Wissenschaft – inwieweit das Zukunftsmächte sein werden, wie sie untereinander zu gewichten sind, darüber wurde in Salzburg nicht viel Klärendes gesagt. Eher noch darüber, wie sich Gewichte im einzelnen verlagern. Aber auch da war nicht leicht zu unterscheiden: was ist nicht mehr ganz neue „Pariser Mode“ (*Hans Michael Baumgartner*) und was verändert sich dauerhaft? Immerhin einige Schwellenerfahrungen mit Postmoderne konnten so gemacht werden. Dies war verdienstvoll. Schon deswegen sollte der ORF die Humanismusgespräche fortsetzen. David Seeber

Nicaragua ist nicht der einzige Sünder

Menschenrechte in Mittelamerika

Der guatemaltekische Präsident *Vinicio Cerezo* hat bei seinem Besuch in der Bundesrepublik im Oktober von der Schaffung eines mittelamerikanischen Parlaments gesprochen, das „ein angemessenes Instrument für die Diskussion der verschiedenen Lösungsmodelle der mittelamerikanischen Probleme“ sein könne. Die Idee ist nicht neu, sie wurde beim Treffen der mittelamerikanischen Präsidenten Ende Mai in Esquipulas/Guatemala zur Diskussion gestellt und positiv aufgegriffen.

In Esquipulas, einem alten Pilgerort, hatte der Erzbischof von Guatemala-Stadt, *Prospero Penados Barrio*, über den Frieden als „reale historische Möglichkeit“ gepredigt und die anwesenden Staatspräsidenten aufgefor-

dert, endlich mit „absoluter Ehrlichkeit“ für den Frieden in der Region zu verhandeln. Die falsche Rhetorik und Demagogie der vergangenen Jahre habe ein „absolutes Mißtrauen“ gegenüber den öffentlichen Institutionen entstehen lassen und „im Bewußtsein unserer Völker größere Schäden angerichtet als die Gewalt“: „Leider wurden bis jetzt, obwohl man von der Anerkennung der Rechte des anderen redete und eine echte Öffnung und den Dialog angeboten hat, Initiativen unterstützt, die auf die eine oder andere Weise darauf ausgerichtet waren, die Macht des anderen zu schwächen – mit dem Ziel, direkt oder indirekt die eigenen Interessen zu behaupten.“ In Abwandlung der Monroe-Doktrin empfahl der Erz-

bischof, Zentralamerika den Zentralamerikanern zu überlassen. Zweifellos rühre ein Großteil der Probleme daher, daß Mittelamerika von imperialistischen Mächten unterschiedlicher ideologischer Herkunft als „Versuchsgelände“ genutzt werde. Die Solidarität zwischen den mittelamerikanischen Ländern und ihren Regierungen müsse gefestigt und ständige Organe geschaffen werden, die die Fortdauer des Dialogs garantierten.

Der schönen Idee steht einiges entgegen. Zum einen lassen die derzeitigen politischen Machtverhältnisse in Mittelamerika, vor allem die historisch-wirtschaftliche und die neue, ideologisch begründete *Abhängigkeit von den USA*, einen eigenständigen politischen Weg überhaupt nicht zu. Zum anderen existieren *nationalistische Strömungen*, denen wenig an überregionaler Zusammenarbeit liegt, und selbst grundsätzliche Befürworter des Gedankens beugen sich von vorneherein der realistischen Einschätzung in die geringen Erfolgsaussichten.

Nicht zum Vorteil der politischen Entwicklungen im mittelamerikanischen Raum verengt sich zudem der Blick immer mehr auf ein einziges Land der Region, *Nicaragua*. Unter welt- und sicherheitspolitischem Aspekt mag die große Aufmerksamkeit und genaue Beobachtung der politischen Vorgänge dort begründet sein. Diese in hohem Maß ideologisch motivierte Konzentration auf ein Land verstellt jedoch den Blick auf die politische und soziale Entwicklung in den anderen Ländern der Region, die nicht nur entwicklungspolitisch weit weniger wichtig genommen werden. Einzelne europäische Politiker weisen seit Jahren darauf hin, daß das Fehlen eines europäischen politischen Konzepts für Mittelamerika nicht nur die drückenden sozialen Verhältnisse zementiert, sondern sich auch sicherheitsstrategisch bereits mittelfristig rächen könnte.

Übersteigerungen und Ausblendungen

Das übersteigerte Interesse an Nicaragua und die geringe internationale Beachtung des restlichen Mittelamerika lassen sich nun auch an einem besonders heiklen Bereich aufzeigen, der *Menschenrechtsproblematik*. In diesem Jahr mehrten sich die Stimmen in der westlichen Welt, die dem sandinistischen Regime schwere Menschenrechtsverletzungen vorwerfen, wohingegen über die nördlichen Nachbarländer Guatemala und El Salvador, wenn überhaupt, überwiegend mit dem Tenor der Genugtuung über Fortschritte in der Menschenrechtsfrage berichtet wird. Zahlreiche Berichte und Veröffentlichungen zu diesem Thema lassen allerdings auch unschwer das Interesse erkennen, das nicaraguanische Regime auf diese Weise zu diskreditieren. Für die amerikanische Regierung ist die *politische Instrumentalisierung* der Menschenrechtsfrage gängige politische Praxis, aber auch politische, selbst kirchliche Gruppierungen bei uns sowie Menschenrechtsorganisationen zeigen sich diesbezüglich anfällig (einige Vertreter der anderen Couleur reagierten entsprechend mit verharmlosenden Einschätzungen).

Den weit auseinanderliegenden Daten zur Lage der Menschenrechte in Nicaragua entspricht eine sehr *unterschiedliche Gesamtbewertung* der Situation. Sie reicht von „quantitativ und qualitativ schlimmer und schwieriger als unter der Somoza-Diktatur“ (*Esteban Gonzalez* von der nicaraguanischen Menschenrechtskommission CPDH im Exil) bis „korrekt, von wenigen Einzelfällen abgesehen“. Kirchenvertreter aus Mittelamerika beklagen in Gesprächen diese Polarisierung der Diskussion und die ungleiche Gewichtung der Menschenrechtsfrage vor allem in Westeuropa. So sprach sich ein mittelamerikanischer Bischof gegen Vergleiche mit der Situation in anderen Ländern zum Zweck der Entlastung und Verharmlosung aus, da jede Menschenrechtsverletzung zu verurteilen und anzuprangern sei. Er zeigte sich jedoch betroffen über die unkritische, ideologieträchtige Argumentation mancher engagierter Christen in der Bundesrepublik, die den unter staatlicher Repression lebenden und leidenden Menschen mit zweierlei Maß messe.

Vorsichtig zu bewertende Angaben

Nach Einschätzung kirchlicher Vertreter und Kenner Nicaraguas gab und gibt es unter der Herrschaft der Sandinisten über die massive Einschränkung der Bürgerrechte hinaus schwerwiegende Menschenrechtsverstöße. So schildert der des Landes verwiesene Bischof von Juigalpa, *Pablo Antonio Vega*, in einem im August in Rom veröffentlichten Bericht drei Fälle aus den Jahren 1982/83, in denen Gemeindeglieder aus seinem Bistum unter ungeklärten Umständen umgekommen, wahrscheinlich von Sicherheitskräften ermordet worden seien. Von 1979 bis heute sind dem Regime jedoch keine *systematischen*, in seinem Auftrag ausgeführte Gewaltverbrechen (Mord, Entführung und schwere Folter im Sinn der internationalen Menschenrechtsabkommen) nachgewiesen worden.

In den Gefängnissen des Staatssicherheitsdienstes (DGSE), insbesondere den weit abgelegenen, zu denen internationale Menschenrechtsorganisationen keinen Zutritt erhalten, werden nach Zeugenaussagen bei Verhören jedoch nicht selten *Foltermethoden*, wie Scheinhinrichtungen und Schläge, angewendet. In dokumentierten Einzelfällen ist es auch zu schwerer physischer Quälerei gekommen, einige der Verantwortlichen wurden vor Gericht gestellt und bestraft. Generell können die Haftbedingungen und Verhörmethoden unter dem Begriff der „weißen Folter“ zusammengefaßt werden, die von vorzugsweise nächtlichen Verhören über Dunkelhaft in winzigen Zellen bis zur schikanösen Behandlung und der Androhung von Repressalien für Angehörige reicht. Nach Schätzungen, auf die sich auch kirchliche Stellen berufen, gibt es in Nicaragua zwischen 5000 und 10000 Gefangene.

Vorsichtig zu bewerten sind die Angaben der CPDH über sogenannte Verschwundene. Nach Aussage von *Juan Mendez* von der Menschenrechtsorganisation Ame-

rican Watch dokumentieren entsprechende Listen Fälle von Verhafteten, deren Angehörige von den Behörden über Wochen oder sogar Monate nicht erfahren haben, in welches Gefängnis der Verhaftete gebracht wurde. Es ist also einerseits gängige Praxis der nicaraguanischen Sicherheitsorgane, den Aufenthaltsort von Häftlingen über einen längeren Zeitraum geheimzuhalten. Da diese vermißt Gemeldeten aber in der überwiegenden Mehrzahl wieder ausfindig gemacht werden, ist ihre Bezeichnung als Verschwundene zumindest irreführend angesichts der Praxis anderer lateinamerikanischer Regime in der Vergangenheit wie in der Gegenwart, deren Verschwundene nur in geringer Zahl jemals wieder lebend auftauchten.

Nach Angaben dieser Menschenrechtsorganisation verschwanden zwischen 1979 und 1980 (zumindest zeitweilig) 600 Menschen; im Jahr 1984 registrierte sie 60 Fälle; 1985 erhielt sie 26 Vermisstenmeldungen. Die Berichte der CPDH wurden wiederholt angezweifelt, andererseits ist in Nicaragua wie in allen autoritären Regimen die systematische Erfassung von Verstößen gegen die Menschenrechte schwierig. Auf *massive* Weise verletzt das sandinistische Revolutionsregime indes die allgemeinen Rechte des Menschen: durch die zahlreichen Dekrete des Ausnahmezustands, durch das Spitzelwesen, die Nötigung der Bevölkerung, für das Regime zu arbeiten, Zwangsrekrutierungen und Zwangsumsiedlungen sowie die Knebelung oppositioneller und kirchlicher Organe. Gegen diese repressive, in fast alle Lebensbereiche dringende Politik des sandinistischen Regimes richtet sich auch die Kritik der Bischöfe des Landes.

Auch wo demokratisch gewählt wird, geht das Militär eigene Wege

Blutiger Terror herrscht hingegen immer noch in *Guatemala*, obwohl die Regierung *Cerezo* versucht, der Gewalt auch in den Reihen der Militärs und der extremen Rechten Herr zu werden. In der weltweiten Aufregung um Nicaragua sind Berichte von Menschenrechtsorganisationen über die Lage dort kaum zur Kenntnis genommen worden. Eine von „Pro Mundi Vita“ herausgegebene Studie über die Verfolgung der Kirche in Guatemala belegt dieses Mißverhältnis im öffentlichen Bewußtsein.

Der Studie zufolge sind in Guatemala zwischen 1980 und 1985 zwischen 5000 und 10000 Menschen spurlos verschwunden oder tot aufgefunden worden. (Die Gesamtzahl der Opfer in den vergangenen zwanzig Jahren liegt nach Angaben der guatemaltekischen Selbsthilfeorganisation „Grupo de Apoyo Mutuo (GAM)“ bei 35000 bis 40000.) Verantwortlich für die Morde sind die guatemaltekische Armee, die sich mehrfach rühmte, keine Gefangenen zu machen, die Polizei und die rechtsextremen Todesschwadronen, die in den Jahren der Zerschlagung der Guerilla freie Hand hatten. Noch 1985 verschwanden bis zu 100 Menschen monatlich. Nach Angaben der Vereinten Nationen sank die Zahl politischer Morde von 992 (1984) auf 597 (1985). Seit 1978 wurden in Guate-

mala 12 Priester umgebracht, mehr als 100 Geistliche, Ordensleute und Laien wurden ins Exil getrieben, darunter Bischof *Juan Gerardi* von El Quiché, heute Weihbischof in Guatemala-Stadt. Die Zahl der ermordeten oder verschwundenen Katecheten geht in die Hunderte. Im März dieses Jahres brachte der Paderborner Generalvikar *Bruno Kresing* von einem Besuch zweier guatemaltekischer Diözesen eine Liste mit Namen von über 11000 gewaltsam Getöteten, darunter viele Katecheten, allein aus der Diözese El Quiché mit. Die Gesamtzahl der Ermordeten und Verschwundenen, so habe man ihm berichtet, liege allein in diesem Bistum bei 20000.

1985 wurden zwei führende Mitglieder des GAM mit den Spuren schwerer Folterungen ermordet aufgefunden. Der Gruppe gehören nach eigenen Angaben Angehörige von 1300 Verschwundenen an, in der Mehrzahl gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Studenten, Landarbeiter und Katecheten. Die christdemokratische Partei des Präsidenten *Cerezo* hat unter der Diktatur 2000 Mitglieder verloren. Zur derzeitigen Lage der Menschenrechte in Guatemala erklärte Vizepräsident *Carpio Nicolle*, ebenfalls Christdemokrat: „Es wird vergessen, daß man eine dreißigjährige Tradition des Übels nicht über Nacht ändern kann. Die guatemaltekische Verfassung garantiert die Menschenrechte, und wir sind bestrebt, der Verfassung zu entsprechen. Es gibt immer noch Gewalt in unserem Land, aber sie hat sich gegenüber früheren Zeiten verringert“ (Lateinamerika-Report 9/86).

Auch aus *El Salvador* werden immer noch brutale Übergriffe beider Bürgerkriegsparteien bekannt. Nach Angaben des Erzbischofs von San Salvador, *Arturo Rivera Damas*, haben die Unruhen in den vergangenen sechs Jahren 61000 Menschenleben gefordert, 7000 Menschen gelten als vermißt, 1000 sind als politische Gefangene inhaftiert. Die wahllose Bombardierung ländlicher Gebiete durch die Luftwaffe, der laut „Christian Legal Aid“ zwischen Januar und September 1985 noch 802 Zivilisten zum Opfer fielen, ist nach internationalen Protesten eingeschränkt worden. Auch die politischen Morde (nach Angaben des Rechtshilfebüros „Oscar Romero“ 1665 im Jahre 1985 allein durch die Sicherheitskräfte) sind in diesem Jahr zurückgegangen. Unvermindert hält jedoch die Folter an, insbesondere während der ersten 15 Hafttage, die nach dem Dekret Nr. 50 meist in Einzelhaft ohne Rechtsbeistand verbracht werden. Für die Brutalität der Foltermethoden spricht der schlechte körperliche Zustand der auf freien Fuß Gesetzten sowie eine hohe Anzahl schriftlicher Geständnisse. Nach einem Bericht der UN-Menschenrechtskommission wird in salvadorianischen Gefängnissen psychisch und physisch gefoltert; dies geschehe jedoch nicht im Auftrag der Behörden.

Regierungen unterliegen Gegenkräften

Während das sandinistische Regime von äußeren und inneren Kräften immer mehr in die Enge getrieben wird und eine Milderung oder Aufgabe der repressiven Politik

weniger zu erwarten ist als eine Verschärfung zu Lasten der Menschenrechte, bleibt die Entwicklung in Guatemala und El Salvador (in Honduras, von den USA zunehmend dominiert, ebenfalls) offen. Der unwägbar Faktor wird weiterhin das Militär sein, das in den christdemokratisch regierten Staaten Guatemala und El Salvador einen Großteil der Macht, wenn auch nicht die eigentliche politische Macht innehat.

Diese Länder sind Beispiele dafür, daß aufgrund der sensiblen inneren Machtbalance auch und gerade unter demokratisch orientierten und rechtsstaatlich gesinnten Regierungen Gegenkräfte wirksam werden, die das Erreichte leicht zunichte machen können. Der aus guten Gründen besorgte Blick auf Nicaragua sollte daher verstärkt seinen Nachbarländern gelten.

Gabriele Burchardt

„Das Lehramt befindet sich notwendigerweise eher in der Nachhut“

Ein Gespräch mit Charles Curran

Dem bekannten US-amerikanischen katholischen Moraltheologen Charles Curran, bisher Professor an der „Katholischen Universität von Amerika“ in Washington, wurde wegen abweichender Positionen speziell in sexualethischen Fragen auf Geheiß der römischen Glaubenskongregation die Lehrbefugnis entzogen. Ein Deutschlandaufenthalt Currans Ende September bot Gelegenheit zu einem längeren Gespräch mit Curran über seinen Fall und seine Positionen. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.

HK: Man hat dem gegenwärtigen Papst den Satz nachgesagt, zwischen dem kirchlichen Lehramt und manchen Moraltheologen gebe es eine Art Schisma. Ist der Entzug der Lehrerlaubnis für Sie durch die Glaubenskongregation Ausdruck dieses Zustandes?

Curran: Ich glaube nicht, daß es zu einem Schisma im Sinne eines totalen Zerwürfnisses zwischen Moraltheologie und kirchlichem Lehramt kommen wird. Zwischen beiden ist zwar eine erhebliche Spannung entstanden, aber eine solche Spannung muß es in gewissem Sinne sogar geben. Denn eine der Funktionen der Theologie besteht darin, Diskussionen voranzutreiben, neue Wege und Themenfelder zu sondieren, voranzugehen. Das kirchliche Lehramt bewegt sich in diesem Zusammenhang notwendigerweise eher in der Nachhut. Daß es dabei zu Spannungen kommt, ist keine schlechte Sache. Nur müssen wir versuchen, diese Spannung schöpferisch zu nutzen und zerstörerische Wirkungen zu vermeiden. Wir brauchen Mechanismen, die einen kreativeren Umgang mit diesen Spannungen ermöglichen.

„Zu bestimmten Zeiten hat die Theologie die Rolle der loyalen Opposition zu spielen“

HK: Weisen Sie damit dem Lehramt gegenüber der Theologie nicht eine Aufgabe zu, mit der es sich vielleicht in der Theorie, aber kaum in der Praxis zufriedengeben kann?

Curran: Ich möchte nicht mißverstanden werden: Ich bin kein Gegner des kirchlichen hierarchischen Lehramtes. Wir benötigen es. In meinem Land hat vor allem das bischöfliche Lehramt eine Reihe von guten Vorstößen unternommen. Denken Sie an die Pastoralen der Bischöfe zu Fragen des Friedens und der Wirtschaft. Dies sind gute Beispiele für die Art und Weise, wie das kirchliche Lehramt mit Schwierigkeiten und Problemen, die gegenwärtig die Welt bewegen, umgehen kann. Aber das hierarchische Lehramt muß auch anerkennen, daß es nur dann glaubwürdig wirkt, wenn es seinerseits die legitime Rolle der Theologen anzuerkennen bereit ist. Zur Rolle der Theologie gehört aber, daß sie gegebenenfalls auch abweichende Positionen vertreten kann. Ich sehe meine Rolle auch darin, das hierarchische kirchliche Lehramt gerade dadurch glaubwürdiger zu machen: Zu bestimmten Zeiten, ich betone: zu bestimmten Zeiten hat die Theologie die Rolle einer loyalen Opposition zu spielen, und dies letztlich im Dienst an der Kirche. Nur durch ehrliche Diskussion und kritische Analyse wird die Kirche in der Lage sein, sich zu wandeln.

HK: Sie fordern neue Mechanismen für einen angemesseneren Umgang zwischen Theologie und Lehramt. Wie sollen diese aussehen und wie sollen sie funktionieren?

Curran: Zunächst einmal muß die bestehende Verfahrensordnung der vatikanischen Glaubenskongregation revidiert werden. Die Rechte der Betroffenen werden nicht ausreichend geschützt. Kardinal Ratzinger selbst hat gesagt, daß sich die Glaubenskongregation zu Änderungen entschlossen hat, und zwar im Sinne dessen, was die deutschen Bischöfe vorgeschlagen haben (vgl. HK, August 1984, S. 360–368). Aber offenbar hatte man bislang noch nicht genügend Zeit, diese Änderungen in Kraft zu setzen. Jeder Betroffene sollte wissen, wer seine Ankläger sind. Und jeder sollte das Recht haben, sich beraten zu lassen. Man sollte auch die Möglichkeit haben, die gesamte Akte einsehen zu können. Wenn die Kirche anderen gegenüber Gerechtigkeit einklagt, benötigt sie selbst gerechte Strukturen und Verfahren.